

Günter Pabst
Höhenstr. 14
65824 Schwalbach

Telefon: 06196 - 86288
Mail: pabst@gmx.eu
13. August 2013

Roland Winter
Brandenburger Str. 24
65824 Schwalbach

Offener Brief

Lieber Herr Winter,
da Ihr Wort als ehemaliger Fraktionsvorsitzender in der CDU und auch in der Öffentlichkeit immer noch etwas gilt, möchte ich mit ein paar Bemerkungen auf Ihre Stellungnahme zum vorgeschlagenen Standort der Asylbewerberunterkunft reagieren.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie unmissverständlich auf unsere „humanitäre Verpflichtung“ gegenüber den Asylsuchenden hinweisen. Bitte sprechen Sie aber nicht von „Asylanten“. Es sind Asylbewerber, Flüchtlinge, die zu uns kommen. Das andere Wort ist denunzierend und herabwürdigend.

Ihren übrigen Aussagen im Hinblick auf den Standort, den „Runden Tisch“ und die Bürgermeisterin muss ich allerdings entschieden widersprechen.

Ihr Hinweis auf die Hessische Gemeindeordnung ist nicht sachdienlich. Bürgermeisterin Christiane Augsburg hat den auf einer Veranstaltung der Deutsch-Ausländischen Gemeinschaft (DAGS) diskutierten Vorschlag nach einem „Runden Tisch“ aufgegriffen.

Ich bin Ihr dankbar dafür, dass Sie über so viel Sensibilität und politisches Gespür verfügt, die Stadtdiskussion zur Kenntnis zu nehmen und zu handeln.

In intensiven Diskussionen haben sich die Teilnehmer des „Runden Tisches“ mit der Notwendigkeit der Aufnahme von Asylbewerbern und dem Standort auseinandergesetzt.

Alle von der Bürgermeisterin/Verwaltung vorgeschlagene möglichen Standorte wurden geprüft. Da nicht alle Personen in Wohnungen (z.Zt. etwa 13 Personen), was wünschenswert wäre, untergebracht werden können, wurde der Bau von zwei kleinen zentralen Einrichtungen für max. je 26 Personen in Erwägung gezogen. Vorerst wird eine Einrichtung zur Unterbringung von bis zu 26 Personen, benötigt. Der Standort hinter dem ehemaligen Jugendzentrum (Atrium) bietet dafür die besten Voraussetzungen. Sollte eine zweite Einrichtung notwendig werden, wird auch ein Standort für eine kleine Einrichtung im „Alten Ort“ geprüft.

Im Magistrat wurde ähnlich diskutiert und daher eine entsprechende Vorlage, einstimmig - also auch mit den Stimmen der CDU -, verabschiedet. Nunmehr liegt die Verantwortung bei den Stadtverordneten, sie entscheiden letztendlich politisch über den Vorschlag. Sie wissen dies natürlich, aber erst einmal wird aus einem durchsichtigen Interesse - es ist ja Wahlkampf - mit Halbwahrheiten und polemischen Behauptungen für politische Verwirrung gesorgt.

Ich hoffe dagegen, dass es in der Stadtverordnetenversammlung am 5. September 2013 eine große mehrheitliche Entscheidung für die Magistratsvorlage und damit für den Standort „Frankenstr.“ geben wird. Die Asylbewerber gehören mitten in die Stadt. Sie gehören nicht an den Rand gedrängt. Insofern ist auch der Vorschlag Ihres Bürgermeisterkandidaten, die Asylbewerber im Camp Phoenix unterzubringen, ungeeignet und nicht integrationsfördernd.

Mit der Standortentscheidung allein ist es aber nicht getan. Auch wenn die Zuständigkeiten beim Main-Taunus-Kreis liegen, die notwendige Betreuung und Integrationshilfen werden zusätzlich von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt mit Unterstützung der politisch Verantwortlichen in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung geleistet werden müssen.

Es ist daher nicht gerade motivierend, wenn Sie den „Runden Tisch“ so madig machen und ihm die Legitimation absprechen. Ich bin dankbar, dass es in den Kirchen und Vereinen Personen gibt, die sich über die Integration der Asylbewerber Gedanken machen und aktiv helfen wollen.

Die Art und Weise, wie Sie Ihre Ablehnung des Standorts formulieren, ist nicht integrationsfördernd. Sie spielen mit den unterschwelligem Ängsten und Ressentiments mancher Bürgerinnen und Bürger. Der Hinweis auf das marokkanische Kulturzentrum ist völlig deplatziert. Gerade das marokkanische Kulturzentrum, wie auch der türkische Kulturverein, erfüllen überaus wichtige integrative und soziale Aufgaben.

Völlig unverständlich ist mir das Bild, das Sie von der Bürgermeisterin zeichnen. Offensichtlich wird nichts ausgelassen, um – der Wahlkampf lässt grüßen – die Reputation der Bürgermeisterin zu schmälern und herabzusetzen. Natürlich trägt die Bürgermeisterin Verantwortung und sie nimmt diese auch sehr gewissenhaft wahr. Sie versteckt sich auch nicht hinter dem „Runden Tisch“, wie Sie mehrfach behaupten, sondern versucht, möglichst viele Menschen, auf unterschiedlichste Weise, einzubinden und dies, nicht nur bei diesem Thema.

Seit einigen Wochen ist zu beobachten, wie Teile der CDU, Ihr Bürgermeisterkandidat und nun auch Sie, versuchen, Bürgermeisterin Christiane Augsburg als omnipotente Rathauschefin darzustellen, die für alles **allein** verantwortlich ist. Als Magistratsmitglied fühle ich mich dadurch in meiner Arbeit herabgesetzt und zum bloßen „Abnicker“ abgestempelt.

Ich kann Ihnen versichern, dass im Magistrat nicht nur eine angenehme, sachliche Atmosphäre herrscht, sondern wir alle – auch die CDU-Magistratskollegin und -kollegen – diskutieren, wenn notwendig, sehr intensiv die vorgelegten Unterlagen. Die Arbeit des Magistrats verdient eine bessere Würdigung durch die CDU, der größten Fraktion im Stadtparlament. Denken Sie darüber einmal nach, Herr Winter.

Denken Sie bitte auch einmal darüber nach, wie die Akzeptanz in der Schwalbacher Bevölkerung für die Asylbewerber erhöht werden kann und wie wir die Hilfen für diese von Krieg und Leid traumatisierten Menschen organisieren können. Verschenden Sie Ihre Energie nicht in die Gründung einer Bürgerinitiative gegen den Standort „Frankenstr.“. Helfen Sie mit, den Flüchtlingen zu helfen. Geben Sie dem „C“ in dem Namen Ihrer Partei eine Chance.

Es gibt noch viele andere Felder in Schwalbach in denen sich politisch, sachlich versteht sich, streiten lässt. Unsere politischen Kontroversen sollten wir aber nicht auf dem schwachen Rücken der Asylbewerber austragen.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Günter Pabst
(Stadtrat und Mitglied des „Runden Tisches“)

CC: Magistrat, Fraktionen, Presse

Der „Offene Brief“ bezieht sich auf die Lesermeinung im Höchster Kreisblatt vom 13.8.2013

Die „Integrationslast“ besser verteilen

Zum Bericht „Der Asyl-Plan steht“ (Kreisblatt vom 10. August) erreichte uns diese Zuschrift. Der Absender ist früherer CDU-Fraktionschef und Limes-Bewohner.

Nun ist es raus: Wieder einmal soll die Limesstadt die Integrationslasten übernehmen und den Asylanten ein zumindest vorübergehendes Heim bieten. So will es die Bürgermeisterin Christiane Augsburg (SPD) und versteckt sich hinter einem von ihr einberufenen runden Tisch. Die Mitglieder des runden Tisches haben weder politische Legitimation oder Mandat, noch repräsentieren sie die Schwalbacher Bevölkerung mehrheitlich. Dahinter lässt sich wunderbar die eigene Verantwortung verstecken, kann man doch später sagen: Es war ja der Wille des runden Tisches.

Um eines klarzustellen: Es geht nicht um die Frage der Aufnahme von Asylanten - hierüber darf gar nicht diskutiert werden, wir haben eine humanitäre Verpflichtung, bei Gefahr für das Leben zu helfen - nein, es geht um den Standort einer solchen Asylbewerberunterkunft. Nun legt die Bürgermeisterin den parlamentarischen Gremien eigene Standorte zur Entscheidung vor. Mit allererster Präferenz - auch schon vom Ersten Kreisbeigeordneten Hielscher (FDP) wohlwollend abgesegnet - ist die Frankenstraße genannt. Mal wieder soll die Limesstadt die „Integrationslast“ (Hielscher) tragen.

Die „Integrationslast“ in der Limesstadt ist aber bereits voll ausgelastet: hoher Anteil ausländischer Mitbürger und deutscher Bürger mit Migrationshintergrund, die Schulen mit ihren integrativen Sonderaufgaben und die Moschee. Jetzt soll in diesen städtischen Bereich auch noch die Asylbewerberunterkunft gebaut werden. Das soziale Spannungsfeld wächst!

Der Versuch der Bürgermeisterin, sich hinter dem runden Tisch als Meinungsbildner für den Standort Frankenstraße zu verstecken, wird nicht funktionieren. Es ist die Bürgermeisterin, die in erster Linie für die Magistratsvorlage verantwortlich zeichnet; da hilft ihr kein runder Tisch. Auch kennt die Hessische Gemeindeordnung kein Mandat für einen solchen runden Tisch. Was dort diskutiert und empfohlen wird, sind die persönlichen Meinungen der Teilnehmer. Die Verantwortung liegt und bleibt letztlich bei der Bürgermeisterin Augsburg. Es ist an der Zeit, die „Integrationslast“ (wahrscheinlich wäre es besser von „Integrationsverantwortung“ zu reden) auch auf die andere Hälfte der Stadt auszudehnen. Ein Zuviel an „Integrationslast“ für die Limesstadt kann zu langfristigen Fehlentwicklungen in der Limesstadt führen. Integration ist keine Stadtteilaufgabe, sondern die Verantwortung der gesamten Stadt und ihrer Bevölkerung.

Vielleicht sollte man von Alt-Schwalbach lernen: Bereits zwei Bürgerinitiativen waren dort erfolgreich in anderen Belangen. Warum nicht Erfolgsmodelle kopieren?

Frau Bürgermeisterin Augsburg, denken Sie hierüber mal nach.

Roland Winter, Schwalbach